Nummer 177 — Halle, Sonnabend, den 31. Juli 1926. — 61. Jahrgang — Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.40 Reichsmark, durch Postzeitungsstellen ohne Bestellgeld 1.80 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 36 Pfennige Postzustellgeld. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Goldmark-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark; die Reklamezeile 1 Reichsmark. Bei Klagen, die den gleichen Verlauf in der „Allgemeinen Zeitung" aufnehmen, bedarf es keiner Klagefrist. Verlagsort Halle (Saale), Große Ulrichstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Halleschaale". Bank-Konto: Deutsche Reichsbank Filiale Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22015. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Die Reichsbahn hat Aufträge von bisher 50 Millionen Mark der deutschen Industrie erteilt. Der Rest von 70 Millionen Mark soll ungekürzt den Reichsbahnneubauten zugeführt werden. Von den Aufträgen der Reichsbahn erhofft die Vereinigung Berliner Industrieller eine, wenn auch vorerst relativ nicht sehr erhebliche Besserung der Arbeitsmarktlage.

*

Der Brüsseler „Soire" meldet, daß die ausländischen Mitglieder des Verwaltungsrates der deutschen Reichsbahn die von der deutschen Regierung gewünschte Aenderung des Statuts der Reichsbahn ablehnten.

Die deutsche Regierung habe nunmehr direkte Verhandlungen mit den Unterzeichnerstaaten des Londoner Abkommens aufgenommen.

*

Vertreter der Berliner Gewerkschaften waren beim Reichswirtschaftsminister. Die Auslassungen des Ministers lassen annehmen, daß die Preistreibereigesetzentwürfe vorläufig im Reichskabinett zurückgestellt sind. Eine Auswirkung des neuen erhöhten Mehlzolls auf den Brotpreis soll während der Uebergangszeit bis zur Ernte nicht eintreten.

*

Die polnische Handelsvertragsdelegation reist heute nach Warschau zurück, um neue Instruktionen einzuholen. Gestern erklärte der Delegationsvorsitzende nachfragenden Pressevertretern: „Wir sind leider noch nicht weiter, als wir vor einem Jahre waren." — Es fehlt den Polen eben durchaus der gute Wille.

*

Der Beilegung der Entwaffnungsdifferenzen mit dem Reiche hat der gestrige Besuch des englischen Botschaftsrats im Auswärtigen Amt gegolten.

Für Sonnabend hat sich der französische Botschafter im Auswärtigen Amt angesagt. Wie heute die Havasagentur meldet, ist die für Freitag anberaumte Botschafterkonferenz abgesagt worden.

*

Der Pariser „Matin" ergänzt seine Mitteilung von dem Fortbestand der Kopfstärke der alliierten Besatzungstruppen in Deutschland dahin, daß neue Verhandlungen über eine Reduzierung der Besatzungsstärke erst nach der Genfer Völkerbundtagung geführt werden sollen. Marschall Foch hat dem Matinvertreter erklärt, aus allgemeinen Sicherungsgründen werde er nie eine Milderung des vertraglichen Besatzungsregimes befürworten.

*

Wie wir erfahren, ist gestern der Reichsregierung die offizielle Einladung des Generalsekretariats des Völkerbundes zur Teilnahme an der Völkerbundtagung zugegangen.

Der Generalsekretär des Völkerbundes ist wieder in Genf eingetroffen. Wie aus dem Sekretariat des Völkerbundes gemeldet wird, bestätigt es sich, daß auch Argentinien den Anspruch auf einen ständigen Ratssitz erhoben hat.

*

Aus Lyon verlautet, daß die sozialistische Mehrheit der Stadtverwaltung Herriot auffordern will, seinen Posten als Bürgermeister niederzulegen. Der Grund ist, daß die Partei mit dem Eintritt Herriots in das Kabinett Poincaré nicht einverstanden ist.

*

Der Mailänder „Corriere della Sera" meldet aus Tanger: Nach zuverlässigen Berichten aus dem von den Franzosen geräumten Lager stehen noch 18 von den 22 Stämmen des Rifgebietes gegen die Franzosen und Spanier im Kampf.

*

Nach Meldungen aus Wien sind gestern vom Flugplatz Aspern aus wieder sechs Bombenflugzeuge nach Polen aufgestiegen. Es handelt sich um französische Lieferungen an die polnische Heeresleitung, die auf dem Luftweg über Oesterreich nach Warschau gebracht werden. — Auf den Zweck der neuen polnischen Rüstungen kommen wir morgen zu sprechen.

*

Aus Moskau kommen Gerüchte von schweren Unruhen anläßlich der Maßnahmen gegen Sinowjew. Trotzki soll einen Teil der ihm ergebenen Truppen zu seinem Schutz zusammenberufen haben. Sinowjew sei in seiner Wohnung interniert worden, Kamenew sei ebenfalls seiner Aemter enthoben.

Englisch-französische Freundschaft.

Eine Liebeserklärung – gegen Deutschland

Die Londoner „Daily Mail" schreibt in ihrem Leitartikel vom 28. Juli:

„Der neue französische Ministerpräsident genießt ein Vertrauen wie wenige andere heutige Staatsmänner Frankreichs. Und sein Ministerium ist einzig darin, daß es fünf ehemalige Ministerpräsidenten und damit alle wertvolle politischen Talente des Landes umfaßt.

Poincaré kann im voraus der warmen Sympathie des englischen Volkes sicher sein, das ihn als seinen treuen und vorausschauenden Freund kennt. Seine Stimme war es, die 1923 und 1924 uns vor der furchtbaren deutschen Konkurrenz warnte, die erwachsen würde, sobald das Ruhrgebiet geräumt wäre. Unsere gegenwärtigen Kohlenschwierigkeiten bewiesen, wie recht er in seiner Voraussicht hatte.

Bei der augenblicklichen Lage Frankreichs muß man unterscheiden zwischen dem Lande und dem französischen Staate. Der Staat ist es, der keine ausreichenden Geldmittel hat, aber das Land ist weit entfernt vom Bankerott. Rein wirtschaftlich sind die Franzosen in einer viel besseren Lage als irgendeine andere Nation Europas:

Sie haben keine Arbeitslosigkeit,

die Lebenshaltungskosten sind höher als früher, aber immer noch wesentlich niedriger als in England, und die alte Bedürfnislosigkeit des Landvolkes dauert noch fort, so daß die Hauptartikel der landwirtschaftlichen Produktion Brot, Fleisch, Getreide, Geflügel und Wein noch verhältnismäßig billig sind.

Die Kaufkraft des Franken ist im Inlande wesentlich höher als es dem Kurs im Ausland entspricht. Fast alle Bedürfnisse der Bevölkerung können aus der Produktion des Landes und seiner Kolonien gedeckt werden, und so lange seine Ernten gut sind und es seine Nahrungsmittel nicht vom Ausland zu kaufen braucht,

spielt die Höhe des Auslandkurses der Währung eine viel geringere Rolle

als für uns Engländer, die wir unsere Nahrung fast ganz im Ausland kaufen müssen.

Das ist zweifellos auch der Grund, weshalb es so schwierig ist, die Masse der französischen Bevölkerung von der Notwendigkeit zu überzeugen, höhere Steuern zu zahlen, um den Staatskredit und die Währung draußen im Ausland wieder herzustellen. Das ist auch das schwierigste Problem, das Poincaré in Angriff nehmen muß, aber wir sind überzeugt, daß er es energischer anpacken wird als jeder andere französische Ministerpräsident.

Gasmasken für jedermann

Ein Beispiel für den „Friedensgeist" in Europa.

Das Problem, die Bevölkerung Londons und anderer Großstädte vor Gasangriffen durch feindliche Luftstreitkräfte zu schützen, ist jetzt erneut im englischen Unterhaus angeschnitten worden durch die Aufforderung an den Luftfahrtminister, jeden Bewohner mit einer Gasmaske zu versehen und ihn im Gebrauch dieser Maske zu unterrichten.

Ein weiterer Antrag lautet: Mit der Ausgabe von Gasmasken in Friedenszeiten ist eine Schwierigkeit verbunden, nämlich daß sie verhältnismäßig schnell verderben und in ihren bisherigen Konstruktionen nicht geeignet sind zur langen Aufbewahrung. Es wird deshalb weiter vorgeschlagen, daß ein oder mehrere Räume in jedem Hause eingerichtet werden, daß sie gasdicht gemacht werden können. Das ist ein Gedanke, der sich im Zusammenhang mit den allgemeinen Einrichtungen zum Schutze des Publikums ganz von selbst ergibt.

Wer annimmt, daß diese Anträge lediglich Vorsichtsmaßregeln für den immerhin im Bereich entfernter Möglichkeit liegenden Fall eines englischen Krieges mit Frankreich bezwecken, wird schon zugeben müssen, daß es keinen klareren Beweis gibt, wie wenig die nüchtern denkenden Engländer auf den Geist des Völkerbundes, der Völkerversöhnung, des ewigen Friedens usw. vertrauen. Aber es könnte sein, daß die[illegible] hat sage andere und viel nähere Gefahrenmöglich[illegible] Tage lassen, beispielsweise den Krieg [illegible] seine

Gegen deutsche Kolonialmandate.

Der holländische „Courant" meldet aus London: „Daily News" und „Daily Telegraph" behaupten, daß die englische Regierung in Berlin auf die Unterlassung eines deutschen Antrags nach Kolonialmandaten in der bevorstehenden Völkerbundtagung hinarbeite. Im jetzigen Stadium würde ein solcher Antrag Deutschlands eine „Beschwerung" der englisch-deutschen Beziehungen darstellen.

— England fühlt sich noch durch ganz anderes von Deutschland „beschwert". Darüber und über die ganze sehr ernste deutsch-englischen Spannung vgl. den morgigen Leitartikel.

Annahme des Sanierungsentwurfs Poincares.

Der Finanzausschuß der französischen Kammer hat unter Ablehnung aller Vorschläge den Regierungsentwurf mit 19 gegen 13 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Im Einverständnis mit dem Finanzminister wurde dem Entwurf ein Kredit in Höhe von 200 Millionen zur Erhöhung der Pensionen der staatlichen Beamten und Angestellten angefügt, der durch eine Erhöhung der Abgaben auf Alkohol ausgeglichen werden soll. Außerdem hat der Ausschuß zur Durchführung der bereits grundsätzlich angenommenen Erhöhung der Entschädigungen für die Parlamentarier mit 22 gegen 2 Stimmen einen Zusatzkredit für die nächsten sechs Monate des laufenden Jahres in Höhe von 6 900 000 Franken angenommen. Die Entschädigung für die Abgeordneten wird demnach jährlich 45 000 Franken betragen.

Der Sanierungsentwurf umfaßt im Wesentlichen folgende Punkte: 1. Ersparungen durch Verordnungen, 2. Erhöhung der indirekten Steuern, 3. Erhöhung der Preise für Monopolprodukte, Gebührenerhöhung für Post, Telegramme, Telephon, Reise und Frachtverkehr, 4. Erhöhung der Steuern auf Mineralwasser und andere hygienische Getränke, 5. Einheitsberechnung für die Umsatzsteuer (2 Proz.), 6. die Umsatzsteuer für die Ausfuhr wird um 12 Proz. erhöht, wenn es sich um Luxusartikel handelt, sonst um 1¼ Proz., 7. Steuer auf industrielles und Handelseinkommen wird um 50 Proz. ermäßigt, die allgemeine Einkommensteuer um 30 Proz. ermäßigt, Anpassung der Zollsätze an die Valutabewegung, 8. die Erbschaftssteuer wird erhöht, 9. die Steuern auf Gehältern, Löhnen usw. werden durchschnittlich um 12 Proz. erhöht, wobei für einige Steuerobjekte der Prozentsatz gehoben, für andere zum Ausgleich die Steuer etwas herabgesetzt wird, 10. Gehälter und Löhne werden provisorisch erhöht, ebenso die Entschädigungen für Wohnungen und sonstige Dienstausgaben.

Die Debatte im Finanzausschuß zeigte, daß die Begeisterung für Poincaré sich bereits sehr zu legen beginnt. Besonders die Rechte ist enttäuscht. Auch die Presse spiegelt diesen Wandel der Stimmung wieder. Trotzdem mag es sein, daß Poincaré auch die Kammermehrheit für seine Finanzpläne bekommt, denn niemand weiß, was kommen soll, wenn nach Caillaux-Briand und Herriot auch Poincaré gestürzt werden sollte. Aber die eigentliche Krisis kommt für ihn erst, wenn die außerordentlichen Steuererhöhungen, besonders die der indirekten Steuern, zur Erhebung kommen und die durch sie eintretende Erhöhung der Lebenshaltungskosten verschärft wird durch die inflationistische Wirkung der rund Zwei-Milliarden-Kredite, die Poincaré zur Fortführung der Staatsfinanzverwaltung durchgesetzt hat. Die Gesundung Frankreichs scheint noch in weiter Ferne zu sein. Daher auch der fortschreitende neue Rückgang des Franken.

„Völkerversöhnung".

Aus der zweiten Besatzungszone wird eine starke Belegung mit technischen Truppen aus Frankreich gemeldet. Die Neubelegungen sind angeblich nur vorübergehend und stehen mit den bevorstehenden großen französischen Manövern am Rhein in Verbindung. In einer Anzahl Garnisonen sind auch wieder Privaträume für Offiziere angefordert.

Wie „Petit Parisien" aus Straßburg meldet, sind zwei Unterzeichner des autonomistischen Manifestes vom 5. Juni, der Lehrer Charpentier und der Zollbeamte Ehrminger, zur Strafversetzung und zu je 300 Francs Geldstrafe verurteilt worden.

In Hagenau im Elsaß wurden zwei angetrunkene französische Offiziere, die Straßenpassanten belästigten und mit „hoches" usw. beschimpften, von der erregten Menge niedergeschlagen. — Die Stadt Schlettstadt wird mit schweren Sanktionen bedroht, falls sie dem Beschluß des Magistrats entsprechend die französischen Straßennamen abändern würde.

„Justizskandal".

In Mordsachen Helling-Schröder-Haas.

Der Zweck der Kompetenzkonflikte.

Als vor wenigen Wochen bei vielen rheinisch-westfälischen Industrieführern Haussuchung gehalten und belanglose Schriftstücke wegen „Hochverratverdachts" beschlagnahmt wurden, da war das in den Augen der Linken nur recht und billig. Es machte ihr offensichtlich ein großes Vergnügen, daß Männer von besonderer sozialer und staatsbürgerlicher Verantwortung mit Polizei, Staats- und Reichsanwaltschaft Bekanntschaft machen mußten. Und es war völlig gleichgültig, daß die Polizeiaktion ein Skandal war, weil nämlich der Verdacht nur auf Putschgespenstern einiger republikanischer Angstmeier in dem preußischen Innenministerium und seiner politischen Polizei beruhte. „Ohne Ansehen der Person muß eingeschritten werden!" hieß es damals.

Als jetzt in Magdeburg ein A.-G.-Direktor Haas wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung und Beihilfe zum Morde verhaftet wurde, da spielte das „Ansehen der Person" doch plötzlich eine ganz gewaltige Rolle. Es war unerhört, einen „unbescholtenen hochangesehenen Mann" einfach hinter Schloß und Riegel zu setzen. Mit ganz besonderer Wärme trat sich die Berliner rosarote Sensationspresse gerade das große staatsbürgerliche Ansehen, die gehobene soziale Stellung des Angeschuldigten aus und kümmerte sich den Teufel um dringende Verdachtsmomente. Und als schließlich nicht nur den eingeweihten Linsern bekannt wurde, daß Haas eine Art Skatbruder Hörsings und ein Verwandter anderer Reichsbannergrößen ist, da wurde aus dem Magdeburger Mordfall ein Justizskandal und die Magdeburger Untersuchungsrichter werden zu unfähigen Trotteln gestempelt, denen die Berliner Kriminalpolizei einige Semmle vor die Nase setzen.

*

Die ganze Geschichte erinnert verdammt an den „Justizskandal" in Sachen Barmat. Der Schiebersumpf stank plötzlich zum Himmel. Das Volk forderte Aufklärung. Da setzte eine frischfröhliche Hatz auf zwei Beamte der Staatsanwaltschaft ein, die ihre Befugnisse überschritten haben sollten. Justizskandal, Justizskandal! Da wurden wochenlang in parlamentarischen Ausschüssen Barmat, Kutisker und Genossen weiß gewaschen mit dem Ergebnis, daß heute, zwanzig Monate, nachdem die Eiterbeule aufgestochen wurde, noch immer keine gerichtliche Klärung des Falles Barmat erfolgt ist. Und das von Linkswegen!

Genau so beim Magdeburger „Kapitalmord", den die ganze Linkspresse durch ihre Sensationsberichterstattung und offenkundige Schwindelei verdunkelt. Die Linke hat einen Justizskandal konstruiert, womit sie allerdings die Interessen ihres Schützlings, des verdächtigen Haas, nicht gerade fördert. Zweck der Uebung ist diesmal nicht das Reinwaschen schwer belasteter Obergenossen, sondern die Hetze gegen die Justiz, gegen die Unabhängigkeit des Richters, die Unparteilichkeit der Rechtsprechung und des ganzen richterlichen Verfahrens einen der wenigen Grundpfeiler staatlicher Ordnung, die noch nicht unterwühlt sind. Wenn es sich um einen Mord handelt, dann ist die Anteilnahme der großen breiten Masse weit leichter zu gewinnen und das Mißtrauen gegen die Justiz viel erfolgversprechender zu säen als mit dem Geschrei von vermeintlicher Klassen- und Parteijustiz. Hier liegt des Rätsels Lösung.

*

Die Magdeburger Untersuchungsbehörden haben sicher keine glückliche Hand gehabt. Sie haben, wie es scheint, den Mordfall am falschen Ende gepackt und dadurch den Berliner Neunmalklugen bei der preußischen Landeskriminalpolizei willkommene Gelegenheit gegeben, einzugreifen. Zweimal ist kostbare Zeit bisher vertrödelt worden mit dem Auftrag von Streitigkeiten über die Befugnisse der Magdeburger und Berliner Oberkriminalisten. Und beide Male haben sich Instanzen eingemischt, die ihre Nase pflichtgemäß in andere Dinge hätten stecken sollen. Beide Male hat Hörsing, der sächsische Oberpräsident, der Verwaltungsbeamte, die Berliner gerufen. Kraft welchen Amtes? Wie er es sich verbitten würde, wenn der Magdeburger Landgerichtspräsident zur Ausübung beispielsweise polizeilicher Schutzmannpflichten in der Provinz von Sagering drei Hundertschaften anfordern würde, so umgekehrt mit der Magdeburger Justiz, daß die Landeskriminalpolizei in Berlin mobil gemacht wird in [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260731018/fragment/page=0001

Politische Glossen.

„Schutzzoll — Wetter."

Der „Vorwärts" brachte dieser Tage ein Bild, das einen inmitten der Wasserfluten stehenden Landwirt darstellt mit einem dicken Genießerbauch, wie er in Berlin daheim ist. Als Ruhesitz hat der Landwirt einen — Geldsack. Dieses schöne Bild trägt die Ueberschrift „Schutzzoll — Wetter". Und darunter steht:

„Und fällt der Regen noch so stark,
So steigt der Zoll auf m—zig Mark!"

Fehlt nur noch der wissenschaftliche Nachweis, daß der Bauer aus reiner Niedertracht das böse Wetter und die Ueberschwemmung verursacht hat!

Was soll man nun zu einer solchen Infamie sagen?

*

Abgesetzte Musikklassiker.

Willst du erfahren, was „reaktionär" ist, so frage nur bei edlen Sozis an. Die wissen es. — Professor Th. Hartwig schreibt in der neuesten Nummer des „Atheist":

„Geistliche Musik bedeutet natürlich Reaktion. Warum? Weil die geistliche Musik einer Zeit entstammt, welche auf das Jenseits eingestellt war; der Sozialismus ist aber auf das Diesseits eingestellt."

Nun wissen wir es: alles, was auf das Jenseits eingestellt ist, ist Reaktion und alles, was dem Grundsatz huldigt: „Macht euch das Leben hier nur schön, kein Jenseits gibt's, kein Wiedersehn!" ist echter Fortschritt.

Palestrina, Johann Sebastian Bach und der ganze Chor der Unsterblichen werden sich ob dieser Versetzung in die zweite Klasse des Menschenstandes gewiß nicht im Grabe umdrehen und die lebenden Anhänger der „Reaktion" werden sich zu trösten wissen. Etwas schwieriger dürfte dies für die Bundesbrüder der Sozialisten und Atheisten, des Zentrums, sein.

*

Ein „Kaufmann nicht gewöhnlichen Formats".

Das „Berliner Tageblatt" nannte Kutisker den Typ eines östlichen Kaufmanns nicht gewöhnlichen Formats. Das muß wohl richtig sein. Kutisker brachte es fertig, noch während der gegen ihn schwebenden Untersuchung 22 deutsche Firmen durch Bettügereien in größerem Umfang hereinzulegen, weshalb ein neues Verfahren gegen ihn anhängig gemacht worden ist. Das Gericht, das Kutisker verurteilte, bestätigte das „große Format" Kutiskers, indem es feststellte, daß es seit 150 Jahren einen solchen Schwindler nicht gegeben habe.

Jetzt schreit ein Berliner Blatt der Linken über den „Justizmord an Kutisker". Recht so! Leute wie Kutisker müßten eigentlich ausgehauen werden (aber nicht in Stein und Erz!).

„Trubel" ist not!

Berlin hat seine großen Sorgen. In einem Berliner Demoktatenblatt beklagen die Direktoren eines ersten Berliner Hotels, daß die Berliner von heute in der Nacht nichts anderes mehr zu tun haben, als — zu schlafen. „Wo ist," so fragen sie schmerzerfüllt, „heute noch Trubel? Ist Berlin überhaupt Großstadt?"

Man versteht diesen Schmerz der echten und rechten „Bealina", die im ganzen Reiche und weit darüber hinaus mit Recht so beliebt sind!

Während die Leute im Reiche und in Berlin verzweifelt um ihre Existenz ringen, während die Dämme reißen und die Wasser der Not uns bis an den Hals steigen, haben diese Asphaltseelen kein höheres Ziel als den Trubel, und zwar den Trubel, der sich bis zum Morgengrauen austobt. Gemütsmenschen!

*

Sonntagsbräute.

Der sächsische Landtag hat ein Gesetz angenommen, nach dem jegliche Tätigkeit der Barbiere und Friseure am Sonntag strengstens untersagt ist. Man muß eben auch einmal für das Friseurgewerbe etwas tun, obschon die Angestellten seither in der Woche ihren freien Tag hatten.

Lebensbejahend und einsichtsvoll, wie man nun einmal ist, hat man aber eine Ausnahme zugelassen. Bräute, die am Sonntag heiraten wollen, dürfen sich auch am Sonntag frisieren lassen, wenn sie die polizeiliche Erlaubnis nachgesucht haben und ihnen die Erlaubnis erteilt worden ist.

*

Auch eine Milliardenpleite.

Ein wundervolles Verwaltungsgebäude hatten die „Deutschen Werke", nachdem ihre Sozialisierung erfolgt war, sich für 7½ Millionen Goldmark in Berlin zugelegt; es strotzt nur so von Marmor und Bronze. Sehr zeitgemäß, sehr novemberlich. In dieser Pracht ist jetzt das ganze Unternehmen — beigesetzt worden. Die Deutschen Werke haben liquidiert.

In der demokratischen und sozialdemokratischen Presse aber wird man vergeblich nach der Ueberschrift „Eine Milliardenpleite!" oder ähnlichen aufreizenden Dingen suchen. Es hat keine feierlichen Grabreden gegeben, es ist nicht einmal eine Schlußbilanz der Oeffentlichkeit mitgeteilt worden, sondern die Deutschen Werke sind mit 3, 4 Sätzen einfach verscharrt worden wie ein Selbstmörder. Der deutsche Steuerzahler kann sie zahlen! Wenn nur der ehemalige befruchtende Geist der Deutschen Werke, Herr Schatzmeister a. D. Bauer, seine fette Pension bekommt, kann das deutsche Volk, bis zu dem letzten Aufwertungsgeschädigten herunter, zufrieden sein.

Preußische Wohnungsbauanleihe.

Den Berliner Blättern zufolge wird heute nachmittag eine Besprechung zwischen dem Reichsfinanzminister Dr. Reinhold und dem preußischen Finanzminister Höpker-Aschoff stattfinden, in der die Frage erörtert werden wird, ob Preußen zur Finanzierung des Wohnungsbaues eine eigene Anleihe aufnehmen soll.

Ermäßigte Mehlzölle.

In seiner öffentlichen Vollsitzung am Donnerstag stimmte der Reichsrat der Vorlage der Reichsregierung zu, die vom 1. August ab bis auf weiteres niedrigere Mehlzollsätze, und zwar für Mehl aus Hafer [illegible] Gerste und für Müllereierzeugnisse [illegible] 14 Mark, für sonstiges Mehl und sonstige Müllereierzeugnisse 10 Mark pro Doppelzentner festsetzt.

Ein Antrag des bayerischen Gesandten v. Preger, der die 10-Mark-Zollsätze auf 12,50 Mark erhöhen wollte, wurde in namentlicher Abstimmung mit 38 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Das gleiche Schicksal hatte ein württembergischer Antrag, der über den bayerischen hinaus die 14-Mark-Zollsätze auf 17,50 Mark erhöhen wollte. Für die höheren Zölle stimmten u. a. Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Bayern, Württemberg, Thüringen und Bremen. Annahme fand nur noch ein Antrag, wonach die Reichsregierung den Zeitpunkt des Außerkrafttretens der ermäßigten Zölle nicht allein, sondern nur im Benehmen mit den Instanzen bestimmen darf, die bei der Einführung dieser Zölle mitgewirkt haben.

Der Reichsrat stimmte noch einer Verordnung über den Verkehr mit Süßstoff zu, die mit samt dem neuen Süßstoffgesetz am 1. September in Kraft treten wird und sich im allgemeinen an die bisherigen Bestimmungen anlehnt. — Der vorgesehene mündliche Bericht der Ausschüsse

[illegible]ündelsicherheit der Hypothekar-Schuldscheine der Rentenbank-Kreditanstalt wurde auf Wunsch der Reichsregierung, die deswegen noch mit der Reichsbank verhandeln muß, abgesetzt. Die nächste öffentliche Vollsitzung des Reichsrats findet am 7. Oktober statt.

Einigung mit dem Daweskommissar.

über die Biersteuer.

Auf Grund der Rechtslage, wie sie in der Angelegenheit der Biersteuererhöhung durch den Schiedsspruch vom 23. Juni 1926 geschaffen worden ist, haben zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Kommissar für die verpfändeten Einnahmen Andrew Mc. Fadyean erneute Verhandlungen stattgefunden, die zu folgendem Ergebnis geführt haben: „Der Kommissar gibt seine Zustimmung zur Hinausschiebung der Biersteuererhöhung bis zum 1. Januar 1927, nachdem der Reichsminister der Finanzen ihm bestätigt hat, daß dadurch die aus dem Londoner Schlußprotokoll für das dritte Reparationsjahr sich ergebenden Haushaltszahlungen nicht geschmälert werden."

Zeugnisse für ausgeschiedene Beamte.

Wie in einem gemeinsamen Runderlaß des Preußischen Ministers des Innern und des Finanzministers ausgeführt wird, ist Klage darüber geführt worden, daß von einzelnen Dienststellen über ausgeschiedene Beamte und Angestellte, die sich um eine Anstellung im Privatdienst bewerben, die Auskunft verweigert und ihnen dadurch das Fortkommen erschwert worden sei. Die Minister machen daher darauf aufmerksam, daß gegen die Erteilung von Zeugnissen an ausgeschiedene Beamte und Angestellte nichts einzuwenden ist und erklären sich damit einverstanden, daß auch hinsichtlich der sonstigen ausgeschiedenen Beamten nach derselben Regelung verfahren wird, die für die nach dem Personalabbaugesetz ausgeschiedene Beamte gilt.

Für die Ausstellung der Zeugnisse ist nur der Behördenleiter oder sein gesetzlicher Stellvertreter zuständig. Zeugnisse über noch im Dienst befindliche Beamte dürfen im allgemeinen nur auf Ersuchen unserer Behörden ausgestellt werden, so daß hier in der Regel die Form einer einfachen Auskunft und nicht die eines Zeugnisses zu wählen sein wird. Den Gemeinden und Gemeindeverbänden wird empfohlen, entsprechend zu verfahren.

Aufwertungsforöungen amerikanischer Besitzer deutscher Wertpapiere.

Wie „Associated Preß" aus Washington meldet, besitzen Tausende amerikanischer Besitzer deutscher, auf Papiermark lautende Werte den Kongreß, während der nächsten Tagung ein Gesetz zu beschließen, durch das ihnen die erlittenen Verluste ersetzt werden sollen. Die Besitzer führen an, daß die amerikanische Regierung moralisch verantwortlich sei, weil sie sie ermutigt habe, ihr Geld in deutschen Werten anzulegen, da die Vereinigten Staaten versucht hätten, Deutschland auf eine gesunde finanzielle Basis zu stellen.

Der republikanische Abgeordnete Hawley, der Mitglied des Finanzausschusses ist, hat die meisten Zuschriften erhalten. Er erklärte, die Besitzer solcher Werte könnten wohl Forderungen an Deutschland stellen, aber sie könnten von den amerikanischen Steuerzahlern nicht Ersatz für spekulative Verluste verlangen. Derartige Forderungen müßten auf diplomatischem Wege geltend gemacht werden. Wenn aber Deutschland die in Papiermarkwerten ausgegebenen Billionen einlösen sollte, so müßte das ganze deutsche Volk den Besitzern der Wertpapiere überantwortet werden.

Panama und Amerika.

Laut einer Meldung der Neuyorker „Associated Preß" aus Panama enthält der jüngst unterzeichnete Handelsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Panama eine Bestimmung, daß die Republik Panama mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften die Verteidigung des Panamakanals übernehme, ferner, daß sich Panama, falls die Vereinigten Staaten in einen Krieg verwickelt würden, sich ebenfalls als im Kriegszustande befindlich betrachten werde.

— Auch Amerika glaubt demnach nicht an den ewigen Frieden. Wer in der ganzen Welt glaubt denn überhaupt daran außer den deutschen Pazifisten? Wann werden auch sie endlich aus ihren Träumen erwachen?

Der Kulturkampf in Mexiko.

Infolge des Boykotts der Katholiken ist der Umsatz in den Geschäften der Stadt Mexiko auf die Hälfte gesunken. Die Gewerkschaft empfiehlt ihren Mitgliedern, den Präsidenten Calles in seinem antikirchlichen Programm zu unterstützen und den Boykott zu bekämpfen. Von kirchlicher Seite wird eine Vereinigung zur Verteidigung der Freiheit des Glaubens gebildet.

Wie „Havas" aus Mexiko meldet, hat Erzbischof Mora y de Rio angekündigt, die Geistlichen würden am kommenden Sonnabend, dem Tage des Inkrafttretens der Religionsgesetze, aus den Kirchen zurückgezogen und der Gottesdienst würde eingestellt werden.

Wie aus Aguascalientes gemeldet wird, ist der Bürgermeister von Nochistlan (Provinz Zacatecas) gelyncht worden, weil er einen Angriff auf einen Priester unternommen haben soll. Die Meldung eines Blattes, wonach die Menge den Bürgermeister durch Steinwürfe tötete und auch alle Mitglieder seiner Familie umbrachte, bestätigt sich nicht.

Die neuen Pläne der Carnegie-Stiftung.

Vor seiner Abreise von England nach Neuyork hat der Präsident der Carnegie-Stiftung und der Columbia-Universität in Neuyork, Nicholas Murray Butler, über die neuen Pläne der Stiftung bemerkenswerte Mitteilungen gemacht. Danach wird die Stiftung demnächst ihre

Tätigkeit in Europa wesentlich erweitern.

Die Arbeit der Stiftung wird von einem Verwaltungsausschuß geleitet, in dem sich Vertreter Deutschlands, Frankreichs, Englands, Belgiens, Oesterreichs, der Schweiz, Italiens und Griechenlands befinden und der sein Bureau in dem Gebäude der Stiftung in Paris hat. Der Leiter der Arbeit in Europa ist Dr. Carle B. Badock. Es wird

eine neue Vierteljahrs-Zeitschrift

geschaffen, die den Titel „L'esprit International" führt. Sie soll von Januar 1927 ab erscheinen, und besonders dem Zweck dienen, den internationalen guten Willen durch Verbreitung von Kenntnissen und durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung zu fördern. Außerdem wird die Zeitschrift wichtige internationale Aktenstücke veröffentlichen, ebenso eine Bücherschau. Alle Fragen sollen sachlich und ohne jede Parteilichkeit behandelt werden. Ferner wird schon in diesem Jahre ein Zusammenwirken der Carnegie-Stiftung mit dem Institut für Internationales höheres Studium an der Universität Paris Platz greifen.

Der Verwaltungsausschuß der Stiftung wird demnächst durch die Zuwahl eines angesehenen deutschen Gelehrten und Publizisten erweitert werden, um die freundschaftliche Mitarbeiterschaft hervorzuheben, die die Carnegie-Stiftung durch führende Männer der öffentlichen Meinung in Deutschland erfahren hat. In Berlin wird ein

Zusammenwirken zwischen der Stiftung und der Deutschen Hochschule für Politik

herbeigeführt, indem bei der Hochschule ein Carnegie-Lehrstuhl errichtet wird, der jedes Jahr abwechselnd mit einem deutschen oder einem ausländischen Gelehrten besetzt wird. Der erste Inhaber des Lehrstuhls wird voraussichtlich eine amerikanische oder eine englische Autorität für internationale Beziehungen sein.

Ferner schlägt die Stiftung vor, soweit wie möglich die Erweiterung der Beziehungen zwischen Gruppen ähnlicher Richtung in den verschiedenen Ländern fortzusetzen. Internationale Konferenzen und Versammlungen wirtschaftlicher, industrieller, literarischer, wissenschaftlicher oder anderer Art sollen entsprechend den Grundgedanken der Stiftung weiter gefördert werden. Im Zusammenhang mit diesen Bestrebungen werden demnächst 50 sorgfältig ausgewählte amerikanische Professoren für internationales Recht und internationale Beziehungen nach Europa kommen, um hier Studien über internationale Organisation und internationale Assoziation vorzunehmen.

Die Carnegie-Stiftung hat in jedem europäischen Lande führende Persönlichkeiten für die Mitarbeit gewonnen. Sie dient keinem politischen Ziel und strebt nicht die Durchführung eines bestimmten Programms an, außer dem einer besseren Aufklärung der öffentlichen Meinung und einer Förderung des guten Willens zwischen den Nationen.

Das gegenwärtige deutsche Mitglied des Verwaltungsausschusses ist Dr. von Prittwitz und Gaffron.

Die Akademie für internationales Recht, die von der Carnegie-Stiftung im Haag errichtet wurde, und die jeden Sommer sechswöchige Vorlesungen veranstaltet, wird diese Vorlesungen fortsetzen, ferner wird die Stiftung hervorragende Organe für internationales Recht unterstützen.

Der Tischler Napoleons I.

Hektor Lefuel, Nachkomme des Kunsttischlers Jacob Desmalter, der die Möbel für insgesamt 39 Schlösser Napoleons I. und Ludwig XVIII. entwarf und herstellte, veröffentlicht jetzt eine Reihe von Aufzeichnungen, aus denen hervorgeht, wie sich Napoleon I. bis in die geringsten Einzelheiten hinein für die Ausführung der Gegenstände interessierte, die in den von ihm bewohnten Räumen Aufstellung fanden, und wie sehr der kunstgewerbliche Stil unter dem ersten Kaiserreich auf seinen persönlichen Geschmack zurückzuführen ist. Napoleon I. wünschte monumentale Linien, aber keine überladene Ornamentierung. Sobald ihm ein Möbel in den Tuilerien gefiel, mußte es in gleicher Ausführung auch für die Schlösser St. Cloud, Fontainebleau und Compiègne kopiert werden.

Als ihm eines Tages der Architekt Perzier, Desmaliers Hauptmitarbeiter, den Entwurf für einen vergoldeten Kandelaber in einem kaiserlichen Schloß vorlegen ließ, vermerkte Napoleon I. am Rande: „Die Ornamente vereinfachen! Es ist für den Kaiser!" Keines der Möbel in den Schlössern Napoleons I. wurde ausgeführt, bevor dieser nicht die Zeichnung dazu genehmigt hatte. Auch für die Herstellung der Einrichtung seines Sohnes, des kleinen Königs von Rom, traf er ausführliche Anordnungen. So durfte kein Möbelstück Kanten und Ecken aufweisen. Alles mußte abgerundet sein, damit sich das Kind nicht verletzen konnte.

Waren Entwürfe einmal gebilligt, so mußten sie mit größter Eile ausgeführt werden. Tag und Nacht wurde dann in wechselnden Schichten daran gearbeitet. So wurde es möglich, daß beispielsweise das Schloß Fontainebleau 1804 innerhalb von neunzehn Tagen vollkommen mit neuen Möbeln nach den vom Kaiser genehmigten Plänen ausgestattet wurde. Selbst für die Ausführung von Räucherschalen interessierte sich Napoleon I., der seit dem Feldzug in Aegypten die Gewohnheit angenommen hatte, in den von ihm bewohnten Gemächern Aloeholz zu verbrennen, dessen Duft auf ihn besonders anregend wirkte.

Hochschulnachrichten.

Leipzig. Dr. phil. Karl Justus Obenauer erhielt in der Leipziger philosophischen Fakultät die venig legendi für neuere deutsche Literatur.

Marburg. Zum Rektor der Universität Marburg ist für das Studienjahr 1926/27 der Professor für mittlere und neuere Geschichte Geh. Regierungsrat Dr. Wilhelm Busch gewählt worden. Zu Dekanen wurden gewählt: in der theologischen Fakultät Prof. D. Dr. Rudolf Otto (System. Theologie), in der juristischen Fakultät Prof. Dr. jur. Edmund Mezger (Strafrecht), in der medizinischen Fakultät Geh. Med.-Rat Prof. Dr. med. Heinrich Bonhoff (Hygiene) und in der philosophischen Fakultät Prof. Dr Alfred Thiel (Physik Chemie).

Konditorei Zorn
empfiehlt
in nur bester Qualität:
Königskuchen, Sandstreifen, Altdeutsche Kuchen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260731018/fragment/page=0002